

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 59 (1986)

Heft: [11]

Artikel: Die Entwicklung der Stipendien 1973-1985 = Le développement des bourses 1973-1985

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leser

Im Rahmen der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen bestand die Absicht, die Bundessubventionen bei den Stipendien zu streichen. Von der Sache her war dieser Vorschlag richtig. Das Bildungswesen ist nach der Grundkonzeption der Verteilung der Aufgaben Sache der Kantone. Volk und Stände haben sich in der Volksabstimmung vom 5. März 1985 gegen diesen Vorschlag ausgesprochen, weil richtigerweise befürchtet wurde, die Ungleichheiten zwischen den Kantonen würden durch die Aufhebung der Bundessubventionen noch verschärft. Dass grosse Ungleichheiten bestehen, bestätigt die neuste Publikation des eidgenössischen Statistischen Amtes.

Die Situation des Stipendienwesens in der Schweiz nach dem negativen Volksentscheid von 1985 wurde an einer von der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) organisierten Tagung in Freiburg am 21. November 1986 zur Diskussion gestellt. Unter dem Thema «Stipendienpolitik wohin» hat die EDK ihre Bemühungen zur Angleichung der kantonalen Systeme z. B. durch die Schaffung eines Mustergesetzes dargestellt. Mit Prof. Dr. Urs Hochstrasser, Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, kam auch ein Vertreter des Bundes zu Wort. Bei der Anpassung des Stipendiengesetzes will man auf quantitative Minimalansätze verzichten, dafür sollen positive Anreize (Zusatzsubventionen) für höhere Leistungen der Kantone gewährt werden. Gefährlich scheint mir die Absicht, den bisherigen Katalog des stipendienberechtigten Ausbildungen fallenzulassen. Wenn die Kantone selbständig entscheiden, welche Ausbildungen sie subventionieren, werden die Unterschiede noch vergrößert, es sei, denn die EDK Sorge für entsprechende Richtlinien. Die Tagung zeigte deutlich, dass im formellen Bereich in der Angleichung der Systeme Fortschritte erzielt worden sind, im materiellen Bereich sind wir von einer Harmonisierung noch sehr weit entfernt.



Die Entwicklung der Stipendien 1973–1985

Das Wichtigste in Kürze

87% der Ausbildungsbeiträge wurden 1985 in der Schweiz in Form von Stipendien ausgeschüttet (13% Darlehen).

*Herausgeber / Editeur: Verband Schweiz. Privatschulen / Fédération Suisse des Ecoles privées
Redaktion / Rédaction: Dr. Fred Haenssler, Alpeneggstrasse 1, 3012 Bern, Telefon 031 / 23 35 35
Druck / Impression: Ott Verlag+Druck AG, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22
Inserate / Annonces: Ott Verlag Thun, Postfach 22, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22
Jahres-Abonnement / Abonnement annuel: Fr. 30.- / Einzelhefte / Numéros isolés: Fr. 3.-
Erscheinungsweise / Mode de parution: Monatlich / Mensuel*

Die Gesamtzahl der in Ausbildung stehenden Personen nahm in den letzten Jahren kontinuierlich zu, die Gesamtzahl der Stipendienbezüger blieb jedoch konstant. Abgenommen haben die nach Abzug der Teuerung real ausbezahlten Stipendienbeiträge insgesamt.

Aufgrund des Stipendiengesetzes von 1965 leistet der Bund Beiträge an die kantonalen Stipendienaufwendungen. Diese Bundesbeiträge – sie bemessen sich nach der Finanzkraft der Kantone und betragen zwischen 20 und 60% der kantonalen Stipendienaufwendungen – machten 1984 gut ein Drittel (36% oder 65,7 Mio Fr.) der Gesamtstipendien aus. Das Schwergewicht der Aufgabenerfüllung liegt bei den Kantonen.

Stipendien

Wenn von Stipendien die Rede ist, denkt mancher sofort und ausschliesslich an Hochschulstudenten. Und vergisst dabei, dass es Stipendienbezüger praktisch auf allen Schulstufen und in jedem Alter gibt.

Es trifft zwar zu, dass ein grosser Teil (34%) der Stipendiengelder an Hochschulstudenten ausbezahlt wird. Das hat aber nicht unwesentlich damit zu tun, dass Hochschulstudien in der Regel länger dauern als andere Ausbildungsgänge. Und zudem hat in den letzten Jahren ein gewisser Ausgleich stattgefunden: die öffentliche Hand hat stets wachsende Anteile der gesamten Stipendiumssumme an Auszubildende in Berufslehren, Anlehen und weiteren Schulen der nachobligatorischen Ausbildung ausgerichtet.

Aus der Perspektive der Bezüger bietet sich nochmals ein ganz anderes Bild: da erhielten in den letzten Jahren nicht die Hochschulstudenten die höchsten Stipendienbeiträge pro Kopf, sondern Geistliche in Ausbildung, Schüler in künstlerischen Berufen, Studenten von Lehrerbildungsanstalten, Absolventen von Schulen für soziale Arbeit und Schüler in höheren kaufmännischen Ausbildungen.

Und sieht man von den Geldbeträgen ganz ab und zählt man nur gerade die Personen, die in den Genuss von Stipendienleistungen kamen, so ist die zahlenmässig grösste Gruppe von Stipendiaten unter den Lehrlingen (Berufslehren und Anlehen) zu finden!

Ursprüngliche Zielsetzung und Funktion der Ausbildungsfinanzierung durch die öffentliche Hand

Zweifelsohne hat der Bund – mit Aufnahme des Stipendienartikels in die Bundesverfassung und aufgrund des Stipendiengesetzes von 1965 – den Kantonen geholfen, ihr Stipendienwesen mittels Subventionen auszubauen oder überhaupt erst zu begründen. Am Anfang dieser Bewegung stand die Zielsetzung, Bildungsreserven auszuschöpfen und einen qualifizierten Nachwuchs für Wirtschaft und Verwaltung zu gewährleisten. Dem bildungspolitischen Anliegen der Chancengleichheit stand der Gedanke Pate, die Bildungsinstitutionen für weitere Bevölkerungsschichten zu öffnen, welchen bisher der Zugang aus vorwiegend materiellen Gründen versagt blieb. Dabei hatten die Stipendien die Funktion, den Fehlbetrag zwischen den Ausbildungs- und Lebenskosten und der zumutbaren Eigenleistung auszugleichen.

Geschichtlich wurde der Bund im Stipendienwesen erstmals mit den Stipendien der Eidgenössischen Technischen Hochschule aktiv. 1930 folgte das erste Bundesgesetz über die Berufsbildung, in welchem Bundesbeiträge an die kantonalen Stipendien vorgesehen waren. Eine Regelung für höhere landwirtschaftliche Ausbildungen entstand nach der Aufnahme der Wirtschaftsartikel in die Bundesverfassung. Im allgemeinen

Schul- und Hochschulbereich engagierte sich der Bund nach Annahme des Verfassungsartikels für die Stipendien von 1963 und dem darauf sich stützenden Stipendiengesetz von 1965. Im März vergangenen Jahres haben Volk und Stände die Verfassungsänderung zur Streichung der Bundessubventionen im Stipendienbereich abgelehnt.

Istzustand:

Mangelnde interkantonale Harmonisierung im Stipendienwesen, real sinkende Stipendiengesamtleistungen, sinkende Stipendiatenquote, gesamtschweizerisch untergeordnete Bedeutung der Studiendarlehen

Nicht gelungen ist es bis heute, das Stipendienwesen in der Schweiz sowohl in formeller wie materieller Hinsicht zu harmonisieren. (Bestrebungen sind jedoch seit längerer Zeit im Gang.) Jeder Kanton hat ein eigenes Stipendiengesetz, die Berechnungsweisen für den Stipendienanspruch sind verschieden, die Definition des Einkommens wird auch von der kantonalen Steuergesetzgebung her bestimmt und nicht alle Kantone verfügen über die gleiche Finanzkraft.

So sind derzeit Situationen möglich, dass zwei Schüler/Studenten aus verschiedenen Kantonen an derselben Ausbildungsanstalt krass unterschiedliche Ausbildungsbeiträge erhalten, obwohl die familiären und finanziellen Verhältnisse identisch und die Belastung der Eltern gleich gross sind.

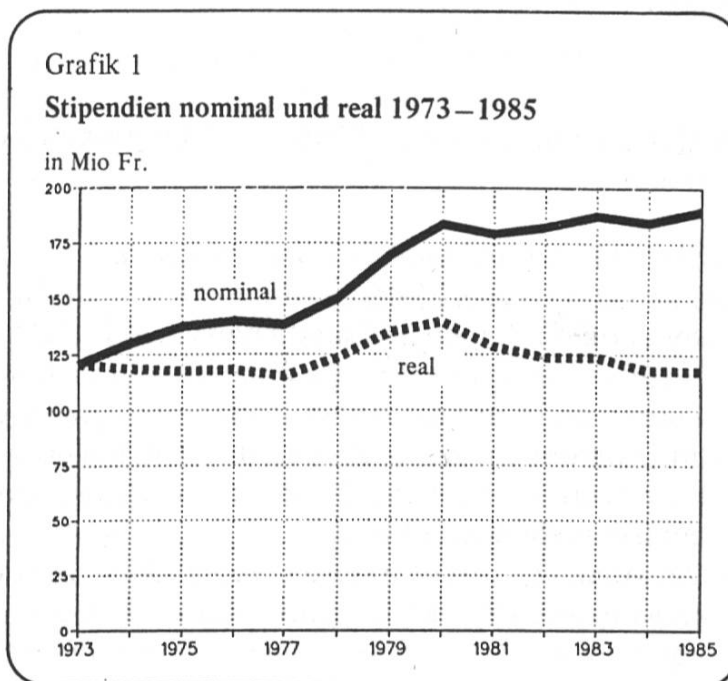
Stipendien 1973–1985:

Real gesunken

Nominal sind die gesamten Stipendienleistungen der öffentlichen Hand im Zeitraum von 1973–1985 von 120,6 auf 189,7 Mio Fr. gestiegen.

Wenn man die Teuerung (Preisstand 1973) für diese Zeitperiode berücksichtigt, dann ist aber die Stipendiengesamtleistung kaufkraftmässig um 2,6% unter den Stand von 1973 gefallen.

In den Jahren 1979, 1980 und 1981 wurde die Spitze der realen Stipendienleistungen und der Stipendienbezüger erreicht.



Stipendiatenquote: Innert 9 Jahren um 19% gesunken

Seit 1977 werden im BFS alle in Ausbildung stehenden Personen der 3 Schulstufen (obligatorische Schule, Sekundarstufe II und Tertiärstufe) erfasst.

Ohne die obligatorische Schule (im Verhältnis zur grossen Schülerzahl spielen hier die Stipendienbezüger eine untergeordnete Rolle) hat die Anzahl der in Ausbildung stehenden Personen von 1977–1985 um gut 89 000 (27%) zugenommen. Das Total der Stipendienbezüger hat sich in der gleichen Periode nur unwesentlich verändert. Damit hat sich die Stipendiatenquote innert der letzten 9 Jahre von 15,3 auf 12,4%, also um

Gesamtstipendien in Mio Franken nominal und real 1973–1985

Jahr	Gesamtstipendien nominal in Mio Fr.	real in Mio Fr. 1)	Total Bezüger	Ø-stipendium nominal in Fr.	real in Fr. 1)
1973	120,7	120,7	52 418	2302	2302
1974	130	118,5	52 364	2482	2263
1975	137,4	117,5	55 452	2478	2119
1976	139,9	118	54 252	2578	2174
1977	138,4	115,1	54 273	2549	2121
1978	150,4	123,5	54 427	2762	2268
1979	169,8	135	59 439	2857	2270
1980	183,7	139,7	61 541	2984	2270
1981	179,3	128,5	60 159	2980	2135
1982	182,5	123,6	58 788	3104	2103
1983	187,6	123,7	58 312	3217	2121
1984	184,5	117,8	55 460	3327	2126
1985	189,7	117,6	54 235	3498	2169

Quelle: IKS 1973–1985

1) zu Preisen von 1973

rund 1/5 zurückgebildet. 1985 bezieht nur noch jede 8. Person in Ausbildung ein Stipendium.

Gründe für die sinkende Stipendiatenquote

Die sinkende Stipendiatenquote und sinkende Stipendiengesamtleistungen dürften unter anderem folgende Gründe haben:

- Einzelne Kantone haben im Zuge einer restriktiveren Politik der Ausbildungsfinanzierung den Kreis der Anspruchsberechtigten verkleinert.
- Im Zuge der Teuerung stiegen die Nominallöhne der Eltern. Wenn die Elternfreibeträge nicht dementsprechend angepasst werden, verkleinert sich dadurch die Zahl der Stipendienberechtigten.
- Die Absicht zur Öffnung der Ausbildungsanstalten für wirtschaftlich und sozial schwächere Bevölkerungsteile führte offenbar auch zu einem grösseren Zustrom von Schülern aus seit jeher stärker vertretenen Schichten.
- Einzelne Kantone gewähren statt Stipendien vermehrt Darlehen.

Studiendarlehen in der Schweiz 1985

Nicht zuletzt seitdem gewisse Bankinstitute die Ausbildungsfinanzierung mittels Bankdarlehen propagieren, haben die Studiendarlehen an Aktualität gewonnen. Tatsache ist jedoch, dass diese Art der Ausbildungsfinanzierung 1985 lediglich 12,5% des Totals der Ausbildungsbeiträge ausmachte (1973: 11,4%). Gezielt eingesetzt, haben die Studiendarlehen ihre Berechtigung. Unproblematisch ist diese Finanzierungsform jedoch nicht.

180 Die Gewährung von Darlehen birgt die Gefahr einer möglichen Frühverschuldung in

In Ausbildung stehende Personen und Stipendiaten (ohne obligatorische Schule) / Stipendiatenquote

Jahr	Bezüger	Anzahl Personen in Ausbildung	Stipendiatenquote in %
1977	50 369	329 583	15,3
1978	49 348	342 486	14,4
1979	53 320	359 029	14,9
1980	56 043	374 171	15
1981	54 064	385 755	14
1982	54 855	394 318	13,9
1983	53 561	405 618	13,2
1984	52 221	417 675	12,5
1985	51 834	418 797	12,4

Quellen: BFS, Schweiz. Schülerstatistik; BFS, Studentenstatistik; IKS 1977–1985

sich. Nicht zuletzt deshalb sind die Kantone teilweise zurückhaltend in der Bewilligung von Studiendarlehen. Ein weiterer Grund für die gesamtschweizerisch doch eher untergeordnete Bedeutung der Studiendarlehen liegt im damit verbundenen, grossen administrativen Aufwand. Immerhin gibt es Kantone, die einen wesentlichen Teil der Ausbildungsbeiträge in Darlehen auszahlen (Bsp. Nidwalden, Schaffhausen mit je gut 25% und Luzern mit 36% der gesamten Ausbildungsbeiträge) oder bei denen der Darlehensteil einen obligatorischen Anteil des gesamten Ausbildungsbeitrages darstellt (TI, VS).

Le développement des bourses 1973–1985

L'essentiel en bref

En 1985, les subventions versées pour la formation en Suisse étaient constituées de bourses à 87%, les prêts représentant 13%.

Au cours des dernières années, le nombre des personnes recevant une formation a augmenté continuellement, alors que celui des boursiers n'a guère changé. Le montant global consacré aux bourses a baissé en termes réels, c'est-à-dire compte tenu du renchérissement.

En vertu de la loi fédérale de 1965, la Confédération alloue des subventions pour les dépenses des cantons en faveur de bourses d'études. Ces subventions couvrent 20 à 60% des dépenses des cantons et sont calculées en fonction des capacités financières de ces derniers. En 1984, elles représentaient un bon tiers (36% ou 65,7 millions de francs) du montant global consacré aux bourses. C'est donc aux cantons qu'incombe la majeure partie du financement.

Bourses

Pour le grand public, boursier est synonyme d'étudiant. Or, il existe des boursiers de tout âge et pour ainsi dire à tous les niveaux scolaires.

Certes, la somme consacrée aux études universitaires est importante (34% du total), mais il faut préciser que la durée de ces études est généralement supérieure à celle des autres formations. En outre, on a observé, au cours des dernières années, un certain nivellement: la part du montant total des bourses que les pouvoirs publics ont consacrée à la formation d'apprentis, de stagiaires de formation pratique accélérée et d'élèves d'aures écoles de formation post-obligatoire n'a cessé d'augmenter.

Examinée sous l'angle des destinataires, la situation est encore différente: ce ne sont pas les étudiants des universités, mais les futurs prêtres, les personnes qui se préparent à une profession artistique, celles qui fréquentent une école d'études sociales ou une école de formation préparant à l'enseignement du degré tertiaire et celles qui ont opté pour une formation commerciale supérieure qui ont obtenu les bourses les plus élevées, ces dernières années.

Si l'on compte les boursiers sans tenir compte des montants qui leur ont été accordés, on constate que c'est parmi les apprentis et les stagiaires de formation pratique accélérée qu'il y en a le plus.

Objectif originel et fonction du financement de la formation par les pouvoirs publics

Il n'y a pas de doute qu'en insérant l'article sur les bourses dans la Constitution et en promulguant la loi précitée de 1965, la Confédération a aidé les cantons à développer, voire à créer, grâce aux subventions reçues, leur service des bourses. Ce soutien partait du désir de former aussi les «réserves potentielles» afin que l'économie et l'administration puissent compter sur un nombre suffisant de jeunes collaborateurs qualifiés. Pour réaliser le principe de l'égalité des chances, il fallait donner la possibilité de fréquenter les établissements d'enseignement également aux couches sociales qui n'en avaient guère les moyens. La bourse devait alors couvrir la différence entre le coût de la formation et de la vie et la contribution que la personne en question était à même d'apporter.

C'est à l'Ecole polytechnique fédérale que la Confédération a accordé ses premières bourses. La première loi fédérale sur la formation professionnelle qui prévoit des subventions fédérales pour les dépenses des cantons en faveur de bourses d'études date de 1930. Les articles conjoncturels ayant été ajoutés à la Constitution, on a élaboré une réglementation pour les formations supérieures en matière d'agriculture. La Confédération a étendu son soutien au domaine scolaire et universitaire en général après que l'article constitutionnel de 1963 sur les bourses avait été accepté et la loi de 1965 (qui se fonde sur cet article) promulguée. En mars 1985, le peuple et les cantons ont rejeté un projet de modification de la Constitution visant à abolir les subventions fédérales dans le domaine des bourses.

Situation actuelle:

Harmonisation intercantonale insuffisante en matière de bourses, baisse en termes réels du montant consacré aux bourses, baisse de la proportion de boursiers, rôle secondaire des prêts à l'échelon national.

Bien qu'on s'efforce depuis un certain temps d'y parvenir, on n'a pas encore réussi à obtenir une harmonisation tant formelle que matérielle dans le domaine des bourses en Suisse. Chaque canton a sa propre loi sur les bourses; les critères sur lesquels on se fonde lors de l'attribution des bourses varient; la définition du revenu dépend de la législation fiscale cantonale et les cantons n'ont pas tous les mêmes capacités financiè-

Actuellement, il peut y avoir une différence considérable entre les bourses de deux élèves ou étudiants du même établissement qui viennent de cantons différents, alors que les conditions familiales et financières sont identiques et que la charge des parents est pareille.

Bourses de 1973 à 1985: baisse en termes réels

En termes nominaux, le montant consacré par les pouvoirs publics aux bourses a passé de 120,6 à 189,7 millions de francs entre 1973 et 1985.

Mais si l'on tient compte de l'évolution des prix observée pendant la période en question, on constate qu'en termes de pouvoir d'achat, cette prestation a baissé de 2,6% par rapport au niveau de 1973.

C'est en 1979, en 1980 et en 1981 que les bourses accordées ont atteint les valeurs les plus élevées en termes réels et qu'on a compté le plus de boursiers.

Proportion de boursiers: baisse de 19% en 9 ans

Depuis 1977, l'OFS enregistre l'ensemble des élèves des trois niveaux de formation (école obligatoire, degré secondaire II et degré tertiaire).

Abstraction faite de l'école obligatoire (où les boursiers ne représentent qu'un faible pourcentage de l'effectif), le nombre des personnes formées dans les établissements en question s'est accru de 89 000 au moins (+27%) de 1977 à 1985. Le total des boursiers, en revanche, n'a pratiquement pas changé pendant cette période. De ce fait, la proportion de boursiers est tombée, au cours des neuf dernières années, de 15,3 à 12,4%; elle a donc diminué d'un cinquième environ. En 1985, un élève sur huit seulement était boursier.

Raisons de la baisse de la proportion de boursiers

Les principales raisons de la baisse de la proportion de boursiers et de la diminution de la valeur globale des bourses sont sans doute les suivantes:

- Certains cantons ayant adopté une politique plus restrictive en matière de financement de la formation, le nombre des ayants droit a diminué.
- Dans le contexte de la hausse des prix, les salaires nominaux des parents se sont accrus. Partout où l'on n'a pas adapté en conséquence le seuil fixé pour le revenu et la fortune de ceux-ci, le nombre des personnes ayant droit à une bourse a donc baissé.
- L'extension de l'accès aux établissements d'enseignement semble avoir eu un certain impact non seulement parmi les couches sociales moins favorisées du point de vue économique, mais aussi parmi les autres, traditionnellement mieux représentées.
- Certains cantons remplacent une partie des bourses par des prêts.

Prêts accordés en Suisse pour le financement de la formation en 1985

Les prêts de ce type ont gagné en actualité, notamment depuis que certaines banques propagent le financement de la formation au moyen de prêts bancaires. Mais il n'en reste pas moins qu'ils ne représentaient que 12,5% du montant consacré à la formation en 1985 (1973: 11,4%). Utilisé judicieusement, un tel prêt peut rendre service. Mais ce mode de financement pose néanmoins des problèmes.

Les personnes qui financent leur formation au moyen de prêts risquent de s'endetter au début de leur vie professionnelle. De ce fait, certains cantons font preuve de pru-

dence en accordant de tels prêts. Si ce mode de financement n'a pas pris plus d'ampleur à l'échelon national, c'est aussi à cause du volume de travaux administratifs qu'il implique. Il existe néanmoins des cantons qui versent une part importante de la somme qu'ils consacrent à la formation sous forme de prêts; citons à titre d'exemples Nidwald et Schaffhouse (25% au moins) et Lucerne (36%). Dans d'autres (TI, VS), l'aide financière accordée aux élèves ou étudiants comporte obligatoirement une part de prêts.

Von der formellen zur materiellen Stipendienharmonisierung

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat ihre langjährigen Bemühungen zur Angleichung der kantonalen Systeme von Ausbildungsbeiträgen an einer Tagung in Freiburg zur Diskussion gestellt. Sind bei der formellen Harmonisierung gewisse Fortschritte zu verzeichnen, die der Bund noch unterstützen kann, so liegen für die Behebung der grossen materiellen Unterschiede erst gewisse Grundlagen vor.

Der Neuenburger Staatsrat *Jean Cavadini*, Präsident der EDK, bezeichnete die *Stipendiengewährung* als ein entscheidendes Element einer dynamischen Bildungspolitik. Nach dem Nein von Volk und Ständen zur Aufhebung der betreffenden Bundessubventionen am 5. März 1985 ist für die EDK, wie Generalsekretär *Moritz Arnet* festhielt, die Zeit gekommen, um angesichts der Bestrebungen von EDK-Fachgremien wie auch der Bundesverwaltung eine öffentliche Standortbestimmung vorzunehmen.

Kooperativer Föderalismus

Wie das Bildungswesen überhaupt ist die Stipendienpolitik primär eine Domäne der Kantone. Der Urner Regierungsrat *Hans Danioth*, Präsident der EDK-Stipendienkommission, wies darauf hin, dass die Erweiterung des Bildungsangebots bei Aufwendungen, die sich der 10-Milliarden-Grenze nähern, schon an sich als Beitrag an den *sozialen Ausgleich* zu verstehen sei. Die *direkte Ausbildungsförderung* durch persönliche Beiträge wurde allerdings durch die Bundeshilfe, die sich auf einen 1963 angenommenen Verfassungsartikel stützt, entscheidend unterstützt, wenn auch die Unterschiede zwischen den Kantonen nicht ausgeglichen worden sind. Die Regierungen standen deshalb nach Danioth dem unterdessen gescheiterten Vorhaben der «Rekantonalisierung» der Stipendien im Rahmen der neuen Aufgabenteilung skeptisch gegenüber.

Als Ziel gilt eine *staatliche Ausbildungsfinanzierung*, die *subsidiär* zu angemessenen Leistungen der Eltern und des Betroffenen die Schul- oder Studien- und die Lebenskosten deckt, wobei es in Wirklichkeit, wie Danioth ausführte, Beispiele für unterschiedliche Missstände gibt. Absolute Grössen könnten allerdings nicht angegeben werden, da beispielsweise die Steuerlasten (Kinderabzüge für die Eltern) von Kanton zu Kanton verschieden seien. So sei es angesichts eines wachsenden Wohlstands auch nicht haltbar, wegen einer realen Verminderung der Stipendiaufwendungen in den letzten fünf Jahren pauschal von einem Abbau zu sprechen. Die *Koordinations-*

184 *bestrebungen* der EDK resultierten 1981 in der Verabschiedung eines *Modellgesetz-*